

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig.  
Ruben & Komp. Nr. 20017.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:  
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Postgebühren monatlich 2,00 M. Durch  
die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland  
und Österreich-Ungarn 6,00 M.

Redaktion: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 19 bis 1 Uhr.  
Erscheinung: Bettendorferplatz 10, Tel. 25 261.  
Wochenausgabe von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreise: die 7-spaltige Normzeile 9) Pf., Familienanzeigen  
70 Pf., die 3-spaltige Normzeile 5 Pf. Bei mehrwöchiger Ausgabe Rabatt.  
Preisliste nach dem vorwärts zu beziehen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-  
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Druckfehlerhaftigkeit 5) Pf.

Nr. 274

Dresden, Donnerstag den 27. November 1919

30. Jahrg.

## Die Hilfe für Wien

### Der deutsche Opferwille

Berlin, 27. November. Das Reichskabinett hat eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Zunächst soll für den 1. Dezember von jeder Provinz in Deutschland 50 Gramm weniger ausgegeben werden, und die gesamte Ersparnis — es kommen rund 40 Millionen Nichtselbstverzehrer, also Brotkasseninhaber in Betracht — von 2 Millionen Kilogramm in der Woche soll den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Eine entsprechende Verordnung wird schon in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Sämtliche Parteien der Nationalversammlung haben zu dieser Aktion ihre Zustimmung erteilt mit Ausnahme der Unabhängigen, die zwar auch ein solches Höchstmaß zur Verfügung stellen, aber keine Abzüge von der Brotkarte zulassen wollen, während nach übereinstimmender Ansicht aller zuständigen verantwortlichen Instanzen durch die Herausgabe einer solchen Menge ausgeglichen werden würde. Alle Praktiken, mit Ausnahme der Unabhängigen, werden in der Nationalversammlung einen gemeinsamen Initiativantrag einbringen, der den Ruf nach Hilfsaktion gibt. Daneben ist eine weitere große Hilfsaktion durch Veranstaltung von Sammlungen unter Führung der Reichsregierung in Vorbereitung.

### Der Hunger in Wien

Bei der Ankunft des holländischen Hilfszuges in Wien haben sich manche Szenen abgespielt. Der Leiter des Hilfszuges, Oberleutnant Hauptmann, mußte den Hunger mit vorgehaltenem Revolver gegen das Wachpersonal vorzeigebiegen, um eine Verladung des Zuges zu verhindern. Von 20 Waggons sind 12 für Wien, die andern für Budapest bestimmt. Mit den holländischen Vorräten sollen 10000 Kinder den Winter über ernährt werden.

Auch der Oberste Rat in Paris hat sich mit der Frage von Krediten für Österreich Rohstoffe und Lebensmittelversorgung beschäftigt. Das Resultat soll für Österreich sehr günstig sein.

Die Vertreter der reichsdeutschen Presse in Wien haben nachfolgendes Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert geschickt: Mit großer Befriedigung stellen die Vertreter der reichsdeutschen Presse in Wien das warme Interesse fest, mit dem die Mütter im Reich für die notleidende Bevölkerung Österreichs, besonders der Hauptstadt Wien, eintreten. Die Vertreter der reichsdeutschen Presse in Wien, die täglich das namenlose Leid des österreichischen Volkes miterleben, die täglich die Hunger- und Kältequalen der Frauen, abgehörten Kinder und sterbenden Greisensammelern an sich vorüberziehen sehen, halten es für eine gebotene Pflicht, nicht nur des väterlichen Mitgeföhls mit den Leidenden des österreichischen Volkes, sondern auch der allgemeinen Menschlichkeit. Sie, Herr Präsident, bitten, nichts unversucht zu lassen, das der Bevölkerung Zutroffen zu werden, soweit es nur irgend möglich ist, schleunigst Hilfe aus dem Deutschen Reich zu bewirken. Jehtandende werden in diesem unglücklichen, zur Lebensunfähigkeit verurteilten Staate der Kälte und dem Hunger dieses Winters zu erliegen, wenn Deutschland nicht Hilfe von außen erhält.

Auf das Telegramm der Vertreter der reichsdeutschen Presse in Wien vom 25. November hat der Reichspräsident Ebert folgendes Antworttelegramm geschickt:

Die Leiden des österreichischen Volks sind mir insbesondere auch die Notlage der Reichsdeutschen in Wien sehr nahe und zu gut bekannt. Ich verfolge Sie mit aufmerksamer Anteilnahme und bin jederzeit bereit, mit den zuständigen Stellen im Reich einen Ausweg zu finden, um schnelle und wirksame Hilfe zukommen zu lassen. Welcher Art diese wirtschaftliche Hilfe sein möge, das ist nicht möglich sein wird, so durchgreifend zu helfen, wie wir gern möchten. Reichspräsident Ebert.

### Das deutsch-schweizerische Kohlenabkommen

Zürich, 27. November. Demnächst werden in Bern die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz über Erneuerung des Kohlenabkommens beginnen. Die schweizerischen Bundesbahnen haben Deutschland alle verfügbaren Lokomotiven zur Befreiung der Abfuhrtransporte zur Verfügung gestellt.

### Waffenstillstand mit Italien

Zürich, 27. November. In dem Augenblick, wo die Abfertigung des Generals Heibel schon maršiert war, um die Eisenbahnlinien zu sichern und die deutschen Truppen von den italienischen Banden in ihrem Rücken zu befreien, traf den Oberbefehl der Reichsregierung ein. Sie hat die italienische

Regierung durch förmliche Überlassung des gesamten Eisenbahn- und militärischen Materials zu veranlassen gesucht, ihre Angriffe gegen Truppen- und Flüchtlingstruppen zu unterlassen. Die italienische Regierung ist auf dieses Milieu nicht eingegangen, sondern hat sich sofort in Unterhandlungen getreten. Es wird sehr bezweifelt, ob sie in der Lage ist, ihre völkerverwundlichen Forderungen aufzugeben. Für den Fall des Scheiterns dieser Verhandlungen ist der General Heibel gebeten worden, als Verfügungsberechtigter, den deutschen Grenzschutz vorzuführen. Die Nachrichten von der Gefangennahme englischer Offiziere bestätigen die Gefangenen erklärung neutral zu sein.

### Mit Mann und Ross und Wagen...

Königsberg, 27. November. Wie berichtet, brach zahlreiche Jäger mit Pistolen auf der Strecke in Litauen und Ostpreußen. In der Nähe der Grenze zu Litauen und Ostpreußen sind die Jäger mit Mann und Ross und Wagen in die Richtung der Grenze zu Litauen und Ostpreußen aufgebrochen. Auf dem Wege nach Osten wurde der Fahrer Baron Manteuffel ermordet. Viele andere Jäger sind in Front geflohen. Wenn Aufschneide nach ist in ganz Ostpreußen eine völkerverwundliche Bewegung entstanden, die das Schicksal der Litauer, die nicht geflohen sind, hoffnungslos erscheinen läßt. Auch die baltische Landeswehr, die aus ungefähr 14000 jungen Männern besteht, gilt als verloren, nachdem der litauische Oberbefehl, Mender, der ganz in litauischer Hand überführt, ihre befehlsgemäße Entlassung forderte.

Nach einem Bericht des litauischen Generals hat das litauische Heer demnächst Litauen völlig verlassen und nach Mittellitauen gezogen. Vier deutsche Schwabronen, die von Litauen aus demnächst zu Hilfe eilen wollten, wurden aufgegriffen.

Einem Berliner Bericht zufolge haben ebenso wie die Litauer auch die Letten von ihrem Oberkommando den Befehl zur Einstellung ihrer Angriffe erhalten. Es ist trotzdem zu kleineren Angriffen gegen das Freikorps Brandis und gegen die Eisenbahn Division gekommen, die aber abgewiesen wurden. Im allgemeinen fanden nur Patrouillenkämpfe statt. Vier Flüchtlingszüge mit 1900 Flüchtlingen, 435 Verwundeten und 225 unterwanderten Militärpersonen sind in Deutschland eingetroffen. Das früher bei Libau befindliche Detachement Tschowc, 600 Mann stark, hat mit 100 Mann den deutschen Boden betreten; mit 500 Mann steht es

in russisch-pottungen, drei Kilometer östlich der Grenze. Geflohenen Truppen werden sofort in ihre Demobilisierungsorte weiterbefördert, um abdem entlassen zu werden. Verwundete kommen in ein Lager westlich der Reichsgrenze in das Lager Heilsberg in Ostpreußen. Die Verwaltung der Provinz Ostpreußen hat an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichswehrminister Telegramme geschickt, in denen um Schutz gegen die aus dem Baltikum zurückziehenden Truppen gebeten wird.

### Oberbürgermeister Scheidemann

Das Vertrauen der Bevölkerung seiner Vaterstadt beauftragt unsern Genossen Philipp Scheidemann an ihre Spitze. Aus Kassel wird dem Vorwärts gemeldet:

Dem Stadterordnetenaufruf zur Vorbereitung der Neuwahl des Oberbürgermeisters hat unsere Fraktion den Genossen Scheidemann als Kandidaten vorgeschlagen. Er hat sich bereits vor mehreren Wochen bereit erklärt, das ihm angetragene Amt anzunehmen. Seine Wahl ist sicher, da unsere Partei die Mehrheit in der Stadtvertretung hat. Eine außerordentlich stark besetzte Parteiverammlung hat diese Mitteilung mit großer Freude aufgenommen.

Genosse Scheidemann vertritt in der Nationalversammlung den Wahlkreis Kassel. Er wird das Mandat auf Wunsch der Kasseler Parteigenossen beibehalten. Bis zu seiner Wahl in den Parteivorstand war er Stadterordneter in Kassel. In dieser Stellung hat er die Ueberführung nach Berlin mühe dieses Amt aber infolge der Ueberführung nach Berlin niedergelegt. In parteigenössischen Kreisen ist es bekannt, wie ungern unser Genosse damals von Kassel wegging. Schon 1914 hatte er die Absicht, nach seiner Heimatstadt zurückzukehren. Der Ausbruch des Krieges verhinderte ihn an die Reichshauptstadt.

Es mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß Genosse Scheidemann nicht nur ein geborener, sondern auch ein freudiger und treuer Kurhess ist. Schon vor Jahren ist eine Sammlung lustiger Jugendgedichten im Kasseler Dialekt aus seiner Feder erschienen und ein neues Buch dieser Art befindet sich eben unter der Druckpresse.

Da Scheidemann dem Parlament erhalten bleibt, brauchen wir zu unserer Bemühung ein Abischied nicht anzufangen.

## Einigung oder Zusammenarbeit?

II.

In der Diskussion über die Einigungsfrage steht das Reichswehrproblem als ein Hauptpunkt im Vordergrund der Erörterungen. Die Unabhängigen verlangen vor allem die Enttarnung Noskes. Wenn es sich dabei nur um eine Personfrage handelte, so ließe sich darüber reden. An einer Person dürfte ein so wichtiges Werk wie der proletarische Einheitsfront nicht scheitern. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob mit einem bloßen Personenswechsel den Unabhängigen gebührend mitgeteilt werden kann. Es scheint, als wenn sie überhaupt fordern, daß die Regierung auf eine Schwärze verzichtet, die sie seit in der Hand hat, um bei Unruhen, woher sie auch kommen mögen, für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen zu können.

Von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie ist die Forderung aufgestellt worden, die Reichswehr durch eine Volkswehr zu ersetzen. Was soll das heißen? Gewiß, unsere Reichswehr wird keinem Sozialdemokraten gefallen, schon aus dem Grunde nicht, weil wir selbstverständlich Gegner eines Soldnerheeres sind. Aber dieses Soldnerheer ist uns von der Entente aufgegeben worden. Wenn besten Willens wäre es einer Regierung nicht möglich, dieses Soldnerheer durch ein Milizheer zu ersetzen. Auch uns gefällt es nicht, daß in diesem Soldnerheer die Offiziere des alten Heeres, ähnlich wie in Rußland, einen so großen Einfluß gewonnen haben. Es sind dadurch Gefahren entstanden, die für das deutsche Volk sehr bedrohlich werden können. Aber damit, daß man unser Heer Volkswehr statt Reichswehr nennen würde, wäre diese Gefahr noch nicht beseitigt. Ohne geschulte Offiziere kann man, wie die verflochtenen Sicherheitsbehörden beweisen, eine disziplinierte Truppe nicht haben. Keine Regierung könnte es daher vermeiden, Offiziere des alten Heeres miteinzusetzen. Doch in untrübe Partei wird mit Recht gefordert, daß Noske nicht eifrig genug bestritt war, republikanische republikanische Offiziere in der Reichswehr genügend Einfluß zu verbriefen. Dabei bleibt allerdings

fraglich, ob sich dann nicht Offiziere finden würden, die aus ihrer guten republikanischen Gesinnung vertrieben, im Ernstfall aber verfaulen. Denn nach Berührungen allein ist eine Gesinnung nicht zu bewerten. Wie wir auch immer unser Heerwesen in Deutschland einrichten würden, wir hätten stets mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie heute bei der Reichswehr. Der beste Schutz gegen solche Gefahren bleibt die Geschlossenheit der sozialistischen Welt.

Weitere Schwierigkeiten für das Zusammenarbeiten beider Richtungen würden sich voraussichtlich auch ergeben, wenn es sich um die Beteiligung von Sozialdemokraten an einem Kabinett zusammen mit bürgerlichen Parteien handelte. Wir haben jetzt ein parlamentarisches Regierungssystem, bei dem keine Partei allein die Mehrheit im Parlament hat. Unter diesen Umständen kann das parlamentarische System überhaupt nur funktionieren, wenn mehrere Parteien bereit sind, zusammen eine Mehrheit zu bilden, wobei es ohne Kompromisse nicht abgehen kann. Würde die Sozialdemokratie ablehnen, zusammen mit Vertretern bürgerlicher Parteien eine Regierung zu bilden, so schloste sie sich politisch überhaupt aus. Sie müßte geradezu die Mittelparteien, sich der Reaktion in die Arme zu werfen.

Bei den Erörterungen der letzten Zeit wurde von links her die Meinung vertreten, daß die Sozialdemokratie nur bei Annahme eines Minimalprogramms in einer Regierung mit bürgerlichen Vertretern arbeiten könne. Die Genossen, die heute in der U. S. D. sind, würden sich aber wahrscheinlich in den meisten Fällen gegen jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien sträuben, weil sie so weitgehende Forderungen stellen, daß praktisch eine Zusammenarbeit ausgeschlossen wäre. Damit aber wäre die Sozialdemokratie zu politischer Einfluslosigkeit so lange verurteilt, wie sie nicht die Mehrheit in den Parlamenten hat. Damit wäre der deutschen Arbeiterarbeit ein fataler Dentsch gescheit. Und in der Sozialisteneinigungsfrage müßte es

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919	Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark	Erste Gewinnziehung im März 1920
-----------------------------------	---	----------------------------------